



Tunesien: EU-Abgeordnete informieren sich über Flüchtlingssituation (Update 19. Juli)

Mehr als eine halbe Million Menschen flohen nach Ausbruch des Krieges in Libyen in den letzten Monaten über die Grenze nach Tunesien. Eine Delegation von sechs Europaabgeordneten bereiste nun Tunesien, um sich vor Ort ein Bild von der Lage der Flüchtlinge zu machen.

Die Delegationsreise dauerte von Mittwoch, 13. Juli, bis Samstag, 16. Juli. Das Programm: Am Mittwoch trafen die Abgeordneten Vertreter des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen UNHCR, der Behörde der EU-Kommission für humanitäre Hilfe ECHO und anderer Hilfswerke vor Ort.

Am Donnerstag besuchten die Abgeordneten das UNHCR-Flüchtlingscamp Choucha und das Lager der Vereinigten Arabischen Emirate.

Am Freitag trafen die EU-Parlamentarier in der Hauptstadt Tunis den tunesischen Premierminister Beji Caid el Sebsi, seinen Außenminister Mohamed Mouldi Kefi, seinen Innenminister Habib Essid und seinen Sozialminister Mohamed Ennaceur sowie die Botschafter der EU und der Vereinigten Staaten.

Am Samstag flogen die Abgeordneten schließlich zurück nach Europa. Hier erfahren Sie alles über die Etappen der Delegationsreise.

Mitglieder der Delegation waren der Maltese Simon Busuttil und der Spanier Agustín Díaz de Mera García Consuegra von der Europäischen Volkspartei, der Brite Claude Moraes und die Französin Sylvie Guillaume von den Sozialdemokraten, die Französin Nathalie Griesbeck von den Liberalen und die Niederländerin Judith Sargentini von den Grünen.

Hintergrund: Tunesien, Libyen und die Flüchtlingsströme aus Nordafrika

Tausende Flüchtlinge der Revolutionen in Nordafrika haben nach den politischen Umstürzen dort das Asylsystem und die Einwanderungspolitik der EU auf eine Belastungsprobe gestellt. Tunesien, das momentan sein politisches System neu strukturiert, spielt hierbei aus zwei Gründen eine wichtige Rolle: Es ist nicht weit von Italien und Malta entfernt und es muss sich zusätzlich mit Flüchtlingen des libyschen Bürgerkriegs auseinandersetzen. Daher besucht eine Delegation von EU-Abgeordneten nun das Land, um sich vor Ort mit der Flüchtlingsproblematik auseinanderzusetzen.

Der Leiter der Delegation von EU-Abgeordneten aus dem Justiz- und Innenausschuss, der Maltese Simon Busuttil, erklärt die Mission der Reise: "Wir besuchen die Grenze zu Libyen, um die Situation der Flüchtlinge mit eigenen Augen zu sehen. Der Kampf um Demokratie in Libyen hat einige vorübergehende Nebeneffekte, zum Beispiel die vielen Menschen, die aus dem Land fliehen. Das bringt auch Probleme für Tunesien mit sich, das aus anderen Gründen schon unter großem Druck steht."

Tunesien hat nach dem politischen Umsturz zu Beginn des Jahres viele eigene Schwierigkeiten zu meistern: Eine verfassungsgebende Versammlung muss organisiert werden, was sich aus verwaltungstechnischen Gründen verzögert. Außerdem ist die Übergangsregierung instabil, mehrere Minister sind in den vergangenen Monaten zurückgetreten. Nach der Revolution ist das Land immer noch nicht stabilisiert, Sicherheitsprobleme werden befürchtet. Es kommt auch zu Protesten gegen die Übergangsregierung.

Die Delegation des Europaparlaments will sich auf das Thema Flüchtlinge und Zuwanderung konzentrieren. Hier ist das Parlament im Gesetzgebungsprozess der EU gleichberechtigt mit dem Rat der EU.

Busuttil betont, Europa müsse die Herausforderungen durch die aktuelle Lage in Nordafrika angehen. Die Behandlung von Flüchtlingen, humanitäre Hilfe und die Auswirkungen auf die Zuwanderung müssten dabei im Mittelpunkt stehen. "Unsere Delegationsreise wird uns helfen zu verstehen, wie wir zur Entspannung der Situation beitragen können. Dafür sprechen wir direkt mit den Flüchtlingen, mit den internationalen Organisationen, die die Flüchtlingscamps eingerichtet haben, und mit den Verantwortlichen in der tunesischen Politik."

Im März hat die EU einen Notfallfonds von 25 Millionen Euro eingerichtet und drei Millionen Euro dazu bestimmt, Ägypten und Tunesien bei der Flüchtlingshilfe an ihren Grenzen zu Libyen zu unterstützen.

Außerdem will die EU das Mandat der EU-Grenzagentur Frontex stärken. Das EU-Parlament und die Mitgliedstaaten haben dazu eine Vereinbarung getroffen, die am 12. Juli im Justiz- und Innenausschuss abgesegnet wurde und im September im Parlamentsplenium behandelt wird.

Auf der italienischen Insel Lampedusa, auf der der Großteil der Flüchtlinge aus Nordafrika landete, hat die EU die Mission "Hermes" ins Leben gerufen, um massive Zuwanderungsströme zu verhindern. Daneben wurde eine neue EU-Agentur mit Sitz in Malta gegründet, die ihre Arbeit im Juni aufnahm, das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO).

Die Entwicklung in Tunesien

- Am 17.12.2010 zündet sich der Straßenverkäufer Mohamed Bouazizi selbst an, um gegen die Beschlagnahmung seiner Produkte durch die Polizei zu protestieren.
- Daraufhin kommt es im Dezember und Januar zu landesweiten Protesten, die vom Regime niedergeschlagen werden. Die ersten Flüchtlinge kommen in Europa an.
- Am 14. Januar flieht Präsident Ben Ali aus dem Land, eine Übergangsregierung wird gebildet.
- Ab März fliehen zahlreiche Menschen aus Libyen vor dem dortigen Bürgerkrieg nach Tunesien.

Tunesien-Delegation trifft humanitäre Helfer (Tag 1)

Zum Auftakt ihres viertägigen Besuchs in Tunesien kamen die EU-Abgeordneten am Mittwoch in Djerba mit Vertretern verschiedener Flüchtlingshilfswerke zusammen, um mit ihnen die für Donnerstag geplanten Besichtigungen von Flüchtlingslagern vorzubereiten.

Am Donnerstag wollen die sechs EU-Abgeordneten der Delegation das Flüchtlingscamp Choucha und ein weiteres, von den Vereinten Arabischen Emiraten verwaltetes Flüchtlingslager besuchen. Vorab trafen sie in Djerba Vertreter des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR, der Behörde der EU-Kommission für humanitäre Hilfe ECHO, der Internationalen Organisation für Migration IOM und des Büros der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten OCHA.

Der Delegationsleiter, der maltesische Abgeordnete Simon Busutil von der Europäischen Volkspartei, dankte allen Helfern vor Ort für ihre Arbeit. "Es gibt ein Recht zur Flucht, und Flüchtlinge aufzunehmen ist eine Pflicht", erklärte die liberale Abgeordnete Nathalie Griesbeck aus Frankreich. Sie sei bereit für die schwierigen und bewegenden Besuche in den Lagern.

Tunesien war vor der Revolution ein beliebtes Touristenziel. Doch seit dem Ende des Regimes des Diktators Ben Ali im Januar hat sich die Situation drastisch geändert. Der Tourismus, ein wichtiges Standbein der tunesischen Wirtschaft, brach um 40 bis 50 Prozent ein. Dadurch verringerte sich das Wirtschaftswachstum im Land von 3,7 auf 1,3 Prozent.

Dazu kommt die nach wie vor instabile politische Situation in Tunesien. Im Herbst soll eine verfassungsgebende Versammlung gewählt werden. Momentan führt eine Übergangsregierung das Land. Trotz dieser Schwierigkeiten hält Tunesien die Grenze zu Libyen für Flüchtlinge des dortigen Bürgerkriegs offen, in den letzten Monaten waren es hunderttausende. Sie werden in fünf Lagern aufgenommen.

Das größte dieser Lager ist das Flüchtlingscamp Choucha, das sechs Kilometer von der libyschen Grenze entfernt ist. Hier finden bis zu 20.000 Menschen Zuflucht, zurzeit sind es noch knapp 3.800 Flüchtlinge aus 22 Ländern. Es kommt allerdings immer wieder zu Spannungen innerhalb des Lagers und auch mit der tunesischen Bevölkerung in der Umgebung. Ein Gewaltausbruch Ende Mai forderte vier Menschenleben, große Teile des Lagers wurden niedergebrannt.

EU-Delegation in Tunesien: In den Flüchtlingslagern (Tag 2)

Mehr als 500.000 Flüchtlinge überquerten in den letzten Monaten den Grenzübergang Ras Ajdir zwischen Libyen und Tunesien. EU-Abgeordnete besichtigten die Grenzanlagen und zwei Flüchtlingslager in der Sahara. Sie sprachen mit Helfern, tunesischen Armeeingehörigen und Flüchtlingen über die Probleme und Perspektiven.

Libyen kommt nicht zur Ruhe, doch auch für die Menschen, die vor dem Bürgerkrieg ins benachbarte Tunesien geflohen sind, dauert das Martyrium an. Bei extremer Hitze und Sandstürmen harren rund 5.000 Menschen in zwei tunesischen Wüstencamps aus. Sie hoffen, als Flüchtlinge anerkannt zu werden und eine Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen.

Vor Ort informierten sich die sechs EU-Abgeordneten der Delegation über die Lage der Flüchtlinge und erfuhren von den Sorgen und der Verzweiflung der Menschen. Eine schwangere Frau sagte, sie könne es nicht viel länger durchstehen. "Es gibt keine brauchbare Nahrung, kein sauberes Wasser, keine Medikamente." Ein anderer Flüchtling beschrieb die Hoffnungslosigkeit im Lager als das größte Problem. "Es gibt keine Hoffnung, deshalb verlassen die Menschen illegal das Land, zum Beispiel nach Italien."

Die französische Sozialdemokratin Sylvie Guillaume fand die Eindrücke aus den Lagern "zugleich bewegend und verstörend. Wir haben uns den Alltag in den Flüchtlingscamps angeschaut und mit Menschen gesprochen, denen vor allem die Hoffnung auf ein besseres Leben fehlt. Sie müssen sich Strategien überlegen, um Asyl zu erhalten, dabei sollte das ihr gutes Recht sein."

Die Niederländerin Judith Sargentini von den Grünen erklärte nach den Gesprächen mit Helfern und tunesischen Soldaten, dass dringend nach einer neuen Heimat für die Flüchtlinge gesucht werde. "Es handelt sich um drei- bis viertausend Flüchtlinge, das ist nicht so viel."

Es sei nun besonders wichtig, sagte Sargentini, sich mit den Mitgliedstaaten über die Erfahrungen der Reise auszutauschen und auf mehr Hilfe zu drängen. Man müsse sich so oder so mit den Flüchtlingen auseinandersetzen, ob auf Lampedusa oder schon vorher in den Flüchtlingslagern.

"Mir ist es lieber, wenn sie noch am Leben sind", betonte Sargentini mit Verweis auf die zahlreichen Todesopfer der gefährlichen Überfahrt nach Lampedusa auf überfüllten, unsicheren Booten.

Für Freitag sind Treffen der Parlamentsdelegation mit dem tunesischen Premierminister, einigen Ministern und Botschaftern der EU und dem Vertreter der USA vorgesehen.

Not der Flüchtlinge in Tunesien: "Unsere Solidarität muss weiter reichen"

Nach einem Besuch tunesischer Flüchtlingscamps fordern EU-Abgeordnete mehr Hilfe von den EU-Mitgliedstaaten, um den massiven Flüchtlingsstrom aus Libyen zu bewältigen und eine neue Heimat für tausende Flüchtlinge zu finden. Der maltesische Delegationsleiter Simon Busuttil schildert seine Eindrücke.

Was nehmen Sie von der Besichtigung der Flüchtlingslager mit?

Es war eine tief beeindruckende Erfahrung. Wir haben einiges über die Flucht vieler Libyer nach Tunesien im Fernsehen gesehen. Also haben wir beschlossen, als Delegation des EU-Parlaments hierher zu kommen und es mit eigenen Augen zu sehen. Es war ergreifend zu sehen, was diese Menschen durchmachen.

Sie wollten den Akteuren und den Betroffenen zuhören. Was haben Sie gelernt?

Wir haben uns mit den Berichten der Betroffenen, der Flüchtlinge, der Hilfsorganisationen und der tunesischen Regierung auseinandergesetzt. Über das bloße Zuhören hinaus sind wir so zu einem Verständnis der Lage gekommen.

Das ist entscheidend für uns im Europäischen Parlament. Das versetzt uns in die Lage, auf Basis eigener Erfahrungen mit der Situation und den Problemen entscheiden zu können. Wir kehren zurück und treffen bessere Entscheidungen, wenn wir die Schwierigkeiten vor Ort erlebt haben.

Es handelt sich um eine akute Notlage. Kann die EU schnell genug reagieren?

Wenn es um finanzielle Hilfen geht, handelt die EU extrem schnell. Die EU ist der beste Spender auf der Welt und der schnellste, wenn es um Gelder für humanitäre Hilfe geht.

Wir werden die EU-Kommission dazu aufrufen, so weiterzumachen. Wir sagen aber auch, dass wir zufrieden sind, was bisher geleistet wurde. Es wurden 100 Millionen Euro an Hilfsgeldern nach Tunesien geschickt, 70 Millionen davon wurden bereits vor Ort ausgegeben.

Wenn aber andere Formen von Hilfe gefragt sind, stocken die europäischen Mechanismen nach wie vor. Vor allem bei sensiblen Themen wie der Neuansiedlung von Flüchtlingen ist der Prozess völlig blockiert.

Wenn drei- bis viertausend Menschen in einem Lager in Choucha festsitzen und Temperaturen von 43 Grad und Sandstürme aushalten müssen, dann muss unsere Solidarität weiterreichen, dann müssen wir zum Beispiel bei der Neuansiedlung der Menschen helfen.

Mehr als eine halbe Million Menschen sind aus Libyen nach Tunesien geflohen. Nur wenige Tausend von Ihnen haben keinen Ort, an den sie gehen können. Deshalb sitzen sie in den Flüchtlingscamps fest. Alle anderen wurden nach Hause zurückgeschickt.

Es ist eine Geste des guten Willens, diese Menschen in den 27 EU-Mitgliedstaaten aufzunehmen. So zeigen wir dem tunesischen Volk unsere Anerkennung für alles, was sie für die libyschen Flüchtlinge getan haben.

Fazit der Delegationsreise: EU soll bei Neuansiedlung der Flüchtlinge helfen

Zum Abschluss ihres Besuchs in Tunesien veröffentlichten die sechs mitgereisten EU-Abgeordneten von der Europäischen Volkspartei, den Sozialdemokraten, den Grünen und den Liberalen ein gemeinsames Abschlussstatement. Darin fordern sie, dass die EU sich stärker engagieren soll, um eine neue Heimat für die libyschen Flüchtlinge aus den tunesischen Camps zu finden.

Die Delegation rief die Innenminister der EU-Staaten auf, die Flüchtlingsproblematik in Nordafrika bei der informellen Ratssitzung am 18. und 19. Juli in Polen zu thematisieren.

Die Abgeordneten waren beeindruckt von der "überwältigenden Gastfreundschaft und Solidarität des tunesischen Volkes". Tunesien halte an seiner Politik der offenen Tür fest gegenüber Flüchtlingen aus Libyen fest trotz der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bürden, die das Land nach seiner eigenen Revolution bereits zu tragen habe.

Die EU-Parlamentarier zeigten sich erschüttert über die Bedingungen in den Flüchtlingscamps, "extreme Hitze, Sandstürme und nur eingeschränkter Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Anlagen. Das sind besonders harte Umstände für Kinder und schwangere Frauen."

Daher forderten die Delegationsteilnehmer die EU-Mitgliedstaaten auf, mehr für die Neuansiedlung von Flüchtlingen aus Kriegsgebieten zu tun, die nicht in ihre Heimat zurückkehren können. "Wir sind enttäuscht von der schwachen Reaktion der Mitgliedstaaten im Vergleich zu den Anstrengungen, die Norwegen, die Vereinigten Staaten oder Kanada unternehmen." Die EU könne nicht die Augen verschließen gegenüber solch dramatischen Realitäten.

Dies war die zweite Delegation des Europäischen Parlaments, die seit dem Umsturz in den letzten sechs Monaten Tunesien besucht hat.